

Haushaltsrede FDP Fraktion 12/2016

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

der eingebrachte Haushalt 2017 lebt von höheren Steuereinnahmen, der guten Konjunktur in Deutschland und höheren Zuwendungen von Bund und Land an die Städte und Gemeinden. So schafft es der Kämmerer, uns einen Haushalt vorzulegen, der erstmalig mit einem kleinen Plus endet und der Stadt den Weg aus dem HSK ebnet.

Der von uns eingeforderte Weg des Sparens wird weiter nur bedingt beschritten, trotzdem werden wir aus Verantwortung für die Stadt und nicht etwa, weil wir die Politik der Mehrheitsfraktion unterstützen, erstmals nach vielen Jahren dem Haushalt zustimmen.

Die meisten Positionen des Haushalts und der eingebrachten Veränderungen können wir mittragen, aber einige bereiten uns doch größere Bauchschmerzen. Wer es in Zeiten sprudelnder Einnahmen nicht schafft, Schulden zurück zu zahlen, wird es später, wenn es wieder schlechter läuft, schwerer haben.

Meine Damen und Herren

Ich komme kurz zu einigen Einzelthemen

Die rot grüne Landesregierung verteilt schuldenfinanzierte Wahlgeschenke. Das Geld, das für die Verbesserung der Schulen zur Verfügung gestellt wird unter dem Titel „Gute Schule 2020“, immerhin rund 2 Milliarden Euro, wovon in den nächsten 4 Jahren 4,4 Millionen auf Eschweiler entfallen, wird über die NRW-Bank finanziert und muss vom Land NRW in den nächsten 20 Jahren aus Steuereinnahmen zurückgezahlt werden. So etwas nennt man klassische Nebenhaushalte. Die Schüler, die heute davon profitieren sollen, werden als Steuerzahler beim Abtragen der Schulden zur Kasse gebeten. Ja, das Geld muss investiert werden, doch es sollte aus den sprudelnden Steuereinnahmen des Landes finanziert werden.

Aber einen zweiten Punkt müssen wir monieren, das Geld wird von unserer Verwaltung zum großen Teil nicht für bessere Lehrmittel verwendet, sondern hauptsächlich zur Sanierung von Schulgebäuden eingesetzt. Der Sanierungstau ist an vielen Stellen sichtbar und so waren viele der Maßnahmen eigentlich schon geplant. Und deshalb wird das meiste Geld lediglich als Einnahme verbucht zur Sanierung des Haushalts. Zusätzliche Maßnahmen scheinen dabei nicht viele rauszukommen.

Bereits am 21. Juni 2016, also lange bevor überhaupt von einem Programm „Gute Schule 2020“ die Rede war, haben wir als FDP-Fraktion 200 000€ pro Jahr für zusätzliche EDV-Ausstattung gefordert, um Schulen und Schüler auf den erforderlichen technischen Stand zu bringen. Für die SPD war es dann einfach, mit dem zu erwartendem zusätzlichen Geldsegen aus dem NRW-Programm, eigene Anträge zur Lernortverbesserung Ende September und Mitte November zu stellen. Im Endeffekt sind als Mehraufwand 150 000€ übrig geblieben, die wir natürlich mitgetragen haben. Fair wäre es gewesen, von Anfang an mit der FDP mitzuziehen, aber man hätte damit über den eigenen Schatten springen müssen. Und das fällt der hiesigen SPD sehr schwer.

Nur noch kurz zur Behandlung unseres Antrags:

Das unser eben genannter Antrag nach über 4 Monaten nicht mit einer qualifizierten Verwaltungsvorlage im Schulausschuss behandelt wurde, hat uns verwundert und verärgert. Eine derartige Antragsbehandlung werden wir in Zukunft nicht tolerieren.

Auch im Personalbereich steigen die Kosten und das überproportional aufgrund der Personalaufstockung –zum großen Teil der Flüchtlingsproblematik geschuldet-, den Lohnerhöhungen und den steigenden Pensionslasten. Diese Steigerung ist auf Dauer kaum zu finanzieren und gefährdet zukünftige Haushalte. Wir müssen hier zu einer Konsolidierung der Ausgaben kommen, so wie die Stadtverwaltung es bei den Ausgaben für Sach- und Dienstleitungen erfreulicher Weise geschafft hat.

Wenn in absehbarer Zeit die Aufgaben aus der Flüchtlingsproblematik geringer werden, müssen die Stellen in diesem Bereich auch wieder zurückgefahren werden.

Zum weiteren sind alle Möglichkeiten des digitalen Rathauses zur Effizienzsteigerung zu nutzen und der Einstieg in ein modernes Rathaus umzusetzen, das die Mitarbeiter von unnötigen Arbeiten befreit und den Bürgern überflüssige Wege ins Amt erspart. Es ist schon bedenklich, dass man im Rathaus nicht mit Karte bezahlen kann.

Und auch unsere Mitarbeiter in der Verwaltung (für deren gute Arbeit wir uns hier ausdrücklich bedanken) brauchen eine zukunftsorientierte Personalpolitik und einen hierzu passenden Stellenplan. Vielleicht wäre der Blick von außen sinnvoll. Dieser wurde vor Jahren schon einmal von FDP und SPD beantragt und beschlossen. Wichtig ist es für qualifizierte Mitarbeiter, konkurrenzfähige Entlohnung und Aufstiegschancen zu bieten, um im enger werdenden Fachkräftemarkt bestehen zu können.

Meine Damen und Herren,

einer der wichtigsten Punkte für die Zustimmung zum Haushalt ist für uns die Entwicklung bei den Realsteuersätzen. Die Grundsteuer A+B, sowie die Gewerbesteuerhebesätze sollen in 2017 und den Folgejahren 2018-2020 nicht erhöht werden. Das ist gut für den Bürger und die Gewerbetreibenden.

Noch zu einem leidigen Thema: Die Umlage der StädteRegion.

Hier stehen wir voll hinter der Verwaltung. Es kann nicht sein, dass die Umlage ständig steigt und die Bemühungen der Städte, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, konterkariert werden. Die Aussagen zur Gründung der StädteRegion über Effizienzsteigerung und Kostenreduzierung kommen uns vor wie ein Hohn. Der Kämmerer der Stadt hat vorsorglich einen Prozentpunkt Umlagesteigerung gleich 800.000 € eingeplant. Dies ist nach den letzten Informationen eine Punktlandung. Es sah lange Zeit schlechter aus und der Ausgleich des Haushaltes wäre gefährdet gewesen. Auch eine drohende Sonderumlage scheint vom Tisch. Die rund 500 000 € Absenkung der Landschaftsverbandsumlage bezogen auf Eschweiler sollen jedoch nicht weitergegeben und bei der StädteRegion verbleiben und verfrühstückt werden. So kann es nicht gehen und wir sollten alle daran mitarbeiten, hier noch nachzubessern.

Es gibt etliches zu bemängeln in der Stadt und in der Verwaltung, da sind sich alle Oppositionsparteien -so glaube ich - einig, aber heute geht es darum, etwas für die Stadt zu tun. Es geht darum, der Stadt eine Zukunft zu geben und dann muss man als Oppositionspartei auch mal über den eigenen Schatten springen und einem Haushalt mit Magengrummeln zustimmen in der Hoffnung, dass die Verwaltung und die Mehrheitsfraktion sich vielleicht durchringen, daran zu arbeiten, weiter zu konsolidieren und schnellstmöglich Schulden abzubauen.

Denn dann wird aus einer Einmaligkeit vielleicht etwas Dauerhaftes, eine Konsolidierung des Haushaltes, ein Zurückgewinnen von Gestaltungsspielräumen - nicht im nächsten Jahr, aber vielleicht in den darauf folgenden.

Wir müssen den kommenden Generationen eine moderne, zukunftsorientierte und schuldenfreie Stadt übergeben. Daran müssen wir arbeiten.

Herr Bürgermeister, Herr Kaefer: daran werden wir sie auch in Zukunft messen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.